

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: **Walter Grottel**,
Dresden, Poststr. 11, 1. u. 2. Stock.
Druck: **Walter Grottel**,
Dresden, Poststr. 11, 1. u. 2. Stock.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Einrückung von Anzeigen ist der Inhalt der Anzeigen zu prüfen, ob sie dem Zweck der Dresdner Volkszeitung entsprechen und nicht auf Verletzung der Ehre oder auf Verletzung der Rechte anderer abzielen.

Abonnementspreis mit der höchsten Unterhaltungsbeilage „Reben, Blüten, Frucht“ außerdem „Welt und Zeit“ monatlich 1,50 M., zu-
sätzlich 40 Pf. für den Postweg. Einzelhefte 10 Pf. u. 20 Pf.
Abonnementspreis für den Ausland: 2,50 M. u. 5 M.,
einschließlich Postgebühren. Dresden: Dresdner Volkszeitung

Veröffentlichung: Mittwochs 10, Donnerstags 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 1. u. 2. Mai
Veröffentlichung: Mittwochs 10, Donnerstags 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 1. u. 2. Mai
Veröffentlichung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abonnementspreis: Die 20 mm breite Monatsbeilage 25 Pf., die
50 mm breite Monatsbeilage 50 Pf., für ausländische 40 Pf. u. 2,50 M.,
einschließlich Postgebühren. Dresden: Dresdner Volkszeitung, Poststr. 11, 1. u. 2. Stock.
Verlagshaus 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelhefte 10 Pf.

Nr. 107

Dresden, Montag, den 9. Mai 1932

43. Jahrgang

Sieg der Linken in Frankreich

**Lardieu elend geschlagen - 322 von 605 Mandaten im Besitz
der drei Linksparteien - 129 Sozialisten (17 neu gewonnen)**

Zusammenbruch der Rechten

P. Paris, 9. Mai. (Sig. Funf.)

Der Sieg der französischen Linken, der bereits nach dem ersten Wahlgang außer Zweifel stand, hat nach den gestrigen Stichwahlen einen bedauerlichen Charakter angenommen. Das Zusammengehen der Linksparteien hat sich glänzend bewährt; das Attentat auf Doumer und seine Ausnutzung durch die Rechten sind ohne jeden Einfluß geblieben.

Im einzelnen verteilen sich die 605 Mandate wie folgt:

- Sozialisten 129, bisher 112 Mandate,
- Radikale (Gerriot) 159, bisher 109,
- Unabhängige Sozialisten und Soziale Republikaner (Painlevé) 34, bisher 32,
- Unabhängige Kommunisten 11, bisher 5,
- Einigkeitliche Kommunisten 12, bisher 10,
- Unabhängige bürgerliche Radikale 61, bisher 90,
- Linkerepublikaner (Lardieu) 72, bisher 101,
- Katholische Demokraten 16, bisher 19,
- Unabhängige Republikaner (Renaud) 28, bisher 26,
- Nationalistische Gruppe (Marin) 76, bisher 90,
- Konservative 5, bisher 8,

159 Radikale, 129 Sozialisten und 34 Sozialrepublikaner (zusammen also 322 von insgesamt 605 Mandatsmitgliedern) — das ist allein eine klare Linksmehrheit, viel größer als nach den erfolgreichen Kartellwahlen von 1924. Damals waren diese drei eigentlichen Linksparteien auf die Unterstützung der unzuverlässigen Gruppe der „Radikalen Linken“ (jetzt nennen sie sich Unabhängige Radikale) angewiesen. Heute bilden die drei genannten Linksparteien für sich allein eine sichere Mehrheit, die jedoch zweifellos noch verstärkt werden wird durch eine größere Anzahl von den 61 Abgeordneten jener „Unabhängigen Radikalen“, eine Gruppe, die immer Ansehens an die jeweilige Mehrheit sucht. Hinzu kommen noch 11 Rechtskommunisten, von denen die meisten über kurz oder lang Anschluss an die Sozialistische Partei suchen dürften.

Lardieus Mehrheit ist völlig zusammengefallen. Selbst einschließlich der 61 Mann von den „Unabhängigen Radikalen“ — die zumeist jetzt umschwenken dürften — beträgt die Gefolgschaft der Regierung nur noch etwa 263 Abgeordnete. Die Mehrheit gegen sie — einschließlich der 12 „Einigkeitlichen“ Kommunisten — beträgt 343 Abgeordnete. Dabei haben die Kommunisten durch ihre blöde Stimmhaltigkeit gegen die Sozialisten mindestens in zehn Fällen den Sieg eines reaktionären Kandidaten über den Sozialisten, vor allem in manchen proletarischen Wahlkreisen, ermöglicht. Im anderen Falle wäre die Niederlage Lardieus noch größer geworden.

Die Sozialisten haben insgesamt 19 bisherige Mandate verloren, zwei in der Hauptwahl, 17 in der Stichwahl. Aber die Sozialisten haben 36 Mandate neu erworben, namentlich in Paris und Umgebung. Sie haben schließlich viel besser abgeschnitten, als man hoffen konnte. Sie ziehen um 17 Mandate verstärkt in das Parlament.

Noch stärker als die Sozialisten sind die Gewinne der bürgerlichen Radikalen (Gerriot). Die Radikalen erhöhten ihre Abgeordnetenzahl von 109 auf 159, gewannen also 50 Mandate.

Von den bisher gewählten 605 Abgeordneten (hinzu kommen später noch 10 Abgeordnete aus den Kolonien) haben 200 der bisherigen Kammer nicht angehört. Von bekannten Persönlichkeiten sind nicht wiedergewählt: der frühere Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, der Propagandachef der „Partei Martin“, De Kerillis, der Unterstaatssekretär für das Touristenwesen, Gaston Gerard, der frühere Arbeitsminister Senneff, die Sozialisten Gumbach (Wahlkreis im Elsass) und Herz, die Kommunisten Cahin, Duclos und Ballant-Gourcier. Wiedergewählt sind bei der Stichwahl u. a. die Sozialisten Brade, Proffard, Compère-Rorell und der Sozialrepublikaner Forgeret. Besonders erwähnenswert ist die Rückkehr des Verfassens Jean Longuet, der nach 18jähriger Abwesenheit wieder in das französische Parlament einzieht.

P. Paris, 9. Mai. (Sig. Funf.) Im Elsass sind zahlreiche Autonomen gewählt worden, darunter die berühmten Hoch und Siffert. Im Elsaß sind folgende

Sozialist Georg Weill (heutezeit deutscher Reichstagsabgeordneter), der die Nachfolge von Weirotes antritt, und in Straßburg-Land der frühere Abgeordnete Frey.

Präsidentenwahlkandidat Lebrun

P. Paris, 9. Mai. (Sig. Funf.) Die Kandidatur des Senatspräsidenten Lebrun für das Amt des Staatspräsidenten ist am Sonntag offiziell geworden. Nach den für die Präsidentenwahl üblichen Formeln hat Lebrun, nachdem zahlreiche Senatoren und Abgeordnete ihn bräutet und gebeten hatten, seine Kandidatur aufstellen zu lassen, am Sonntag vermittels erklärt, „daß er zur Verfügung seiner Freunde“ stehe.

In parlamentarischen Kreisen wird dafür Propaganda gemacht, die Einigkeit der Nation angesichts des schrecklichen Attentats gegen Doumer dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß nur eine einzige Kandidatur aufgestellt wird. Selbst in radikalischen Kreisen scheint gegen die Kandidatur Lebruns, der als aufrichtiger Republikaner und unabhängiger Politiker gerühmt wird, kein ernstlicher Widerspruch erhoben zu werden, obgleich Lebrun auf der rechten Seite. Andererseits ist Painlevé von verschiedenen Persönlichkeiten gebeten worden, die Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen. Painlevé hat sich jedoch noch nicht entschieden.

Die Sozialistische Partei ist gegen die Kandidatur Lebrun. Ein in diesem Zusammenhang ist gegen die Kandidatur Lebrun, der als aufrichtiger Republikaner und unabhängiger Politiker gerühmt wird, kein ernstlicher Widerspruch erhoben zu werden, obgleich Lebrun auf der rechten Seite. Andererseits ist Painlevé von verschiedenen Persönlichkeiten gebeten worden, die Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen. Painlevé hat sich jedoch noch nicht entschieden.

P. Paris, 9. Mai. (Sig. Draht.) Der Kongress für Dienstag nachmittags 2 Uhr zur Neuwahl des Staatspräsidenten nach Versailles einberufen worden.

Am Montag treten die Präsidenten des Senats und der Kammer zur Bestimmung der Kandidaten zusammen.

Was treibt der Komödiant?

M. Braunschweig, 7. Mai. (Sig. Draht.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Zielemann hat im Braunschweigischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Der braunschweigische Regierungsrat Adolf Hitler hat erklärt, daß seine SM nicht helfen werde, die deutschen Grenzen zu verteidigen, solange das System Brüning in Deutschland herrsche, und daß die Kufflung seiner SM und SS auf Druck Frankreichs erfolgt sei. Als diese Äußerungen bekannt wurden, hat der Regierungsrat Hitler ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt. Ich frage: 1. Befindet sich der Regierungsrat Hitler noch im braunschweigischen Staatsdienst? 2. Wenn ja: In das Disziplinarverfahren gegen ihn erstrebt? Welche Vorwürfe werden unterzucht? 3. Warum macht der Regierungsrat Hitler keinen Dienst?“

Ein Verdienst der Sozialdemokratie

Anleihe für Arbeitsbeschaffung durchgeführt!

Der Reichstag hat am Sonnabend das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Brüning, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz schlossen sich ihrer Stellungnahme vor.

Die wesentliche Bestimmung des Gesetzes lautet: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Siedlungen, Reparationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel im Wege der Ausgabe von Schuldbestreibungen zu beschaffen.“ — Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Dieser Schritt soll in dem vor wenigen Tagen vom Reichstag verabschiedeten Schulbildungsgesetz als zusätzlicher Paragraph aufgenommen werden. Die Reichsregierung selbst soll die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrags festlegen. Sie soll diesen Betrag aber nicht im Wege des kurzfristigen Kredits beschaffen, sondern durch Ausgabe von Schuldbestreibungen, also auf dem Wege einer Anleihe. Die Reichsregierung beschließt, eine Prämienanleihe auszugeben.

Die Ausschüsse des Reichstages waren, wie der Berichterstatter mitteilte, mit der Reichsregierung der Meinung, daß es in dem gegenwärtigen Augenblick notwendig sei, diesen Weg zu gehen,

Um die Erwerbslosen

Arbeitsbeschaffung - Arbeitszeit - Arbeitslosenhilfe

Von E. Aufhäuser

Die in der Eisernen Front vereinigten organisierten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse haben sich in den letzten Wochen dem anstürmenden Faschismus mit heroischer Kraftentfaltung und unübertrefflicher Aktivität entgegengeworfen. Sie haben sich mit Erfolg geweigert, einem Einbrecher den Schlüssel zum legalen Eintritt in das Haus der Republik auszuhandigen. Diese unerhörten politischen Opfer der in bitterster Not lebenden und darbenenden Massen dürfen nicht vergeblich gebracht sein. Der Staat darf sich nicht länger der dringlichen Pflicht entziehen, mit durchgreifenden Maßnahmen der entschulden Arbeitslosennot zu steuern. Die stärkste Waffe zur Überwindung des Faschismus ist der Arbeitsmarkt. Die dringlichste Aufgabe, seine Forderungen an die Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung zu stellen.

Alle Erwartungen, als könnten die Träger der kapitalistischen Privatwirtschaft Millionen ruhmender Arme und kostenloser Maschinen wieder in Bewegung setzen, haben sich als Illusion erwiesen. Jetzt muß der Staat handeln! Es braucht nicht wiederholt zu werden, daß die Weltkriege nicht von Deutschland allein gelöst werden kann und deshalb der Kampf des Weltproletariats gegen das kapitalistische System zur Gegenwartsaufgabe werden muß. Auch für den Umbau der deutschen Wirtschaftsorganisation zur Staats- und Planwirtschaft haben Partei und Gewerkschaften den Weg aufgezeigt. Aber alle Dringlichkeiten einer gesamtwirtschaftlichen Reform können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lagehilfe für über sechs Millionen arbeitssuchender Menschen ein Gebot der Stunde ist.

Nach den Verlautbarungen der letzten Tage ist der Ruf der Gewerkschaften nach sofortiger Arbeitsbeschaffung nicht erfolglos geblieben. Die Regierung trifft Vorbereitungen, doch ist wiederum zu befürchten, daß nur einzelne und unzureichende Maßnahmen ergriffen werden sollen. Während der außerordentlichen Gewerkschaftskongresse einen Gesamtplan aufgestellt hat, will die Reichsregierung neben der Erleichterung von Hausreparaturen ihre Maßnahmen ausschließlich auf die Siedlung im Osten und im Vorraum der Städte konzentrieren. Andere Arbeiten, insbesondere die Förderung des Wohnungsbau, scheinen überhaupt nicht geplant zu sein. Die Siedlung ist sicher eine wichtige Teilaufgabe, aber sie reicht nicht aus. Wir haben auch keine Angaben lesen können, in welchem Ausmaß bei den Siedlungsplänen nun der industrielle Arbeitsmarkt entlastet werden wird. Das Reichsarbeitsministerium hat bisher keine Zahl genannt, wieviel Erwerbslose bei der Siedlung beschif-